

Stand: 20.04.2026 06:20:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10296

"Steuerbelastung der bayerischen Wirtschaft senken - Zinssatz für Steuernachzahlungen senken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10296 vom 07.10.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/13511 des HA vom 22.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/17394 vom 21.07.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 21.07.2021



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Steuerbelastung der bayerischen Wirtschaft senken – Zinssatz für Steuernachzahlungen senken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die Senkung des Zinssatzes für Steuernachzahlungen auf 0,1 Prozent einzusetzen.

Begründung:

Die Corona-Wirtschaftskrise hat zu Unsicherheit, Umsatzeinbrüchen und Liquiditäts-/Finanzengpässen bei der bayerischen Wirtschaft geführt. Gleichzeitig befinden sich die Zinsen in der Eurozone auf einem historischen Tiefstand. Die Europäische Zentralbank (EZB) geht auch für die Zukunft davon aus, dass der Leitzins sich auf einem niedrigen Niveau halten wird. Dementsprechend ist auch der Basiszins gemäß § 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und beträgt seit dem 1. Juli 2016 nur noch -0,88 Prozent¹. Sowohl für Steuernachzahlungen, als auch für Steuererstattungen wird jedoch jeweils seit dem Jahr 1961 unverändert nach §§ 233a, 238 Abgabenordnung (AO) eine Verzinsung von 0,5 Prozent für jeden vollen Monat angewandt. Daraus ergibt sich eine jährliche Verzinsung von 6 Prozent, in der Regel ab dem 15. Monat nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuerschuld entstanden ist. Die starre Verzinsung auf diesem hohen Niveau ist nicht realitätsnah und deshalb vermehrt der Kritik ausgesetzt.

Aus diesen Gründen ist es jetzt an der Zeit Maßnahmen umzusetzen, welche die Steuerbelastung der bayerischen Wirtschaft rasch senken und die Liquiditätsversorgung verbessern. Nach Meinung des Bayerischen Handwerkstags e. V. sollte der Zinssatz für Steuernachzahlungen angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase von derzeit 0,5 Prozent auf 0,1 Prozent für jeden vollen Monat abgesenkt werden².

¹ Deutsche Bundesbank (2020). Basiszinssatz nach § 247 BGB. URL: <https://www.bundesbank.de/de/bundesbank/organisation/agb-und-regelungen/basiszinssatz-607820>

² Bayrischer Handwerkstag (2020). Grundsatzpapier des Bayerischen Handwerkstages für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Mittelstandspolitik. URL: <https://www.hwk-muenchen.de/artikel/grundsatzpapier-zukunftsorientierte-wirtschafts-und-mittelstandspolitik-74,1679,9958.html>



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a.
und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/10296

**Steuerbelastung der bayerischen Wirtschaft senken - Zinssatz für Steuernach-
zahlungen senken**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Michael Hofmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 22. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Uli Henkel, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/10296, 18/13511

Steuerbelastung der bayerischen Wirtschaft senken – Zinssatz für Steuernachzahlungen senken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Gerald Pittner

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)

Steuerbelastung der bayerischen Wirtschaft senken - Zinssatz für Steuernachzahlungen senken (Drs. 18/10296)

Ich eröffne die Aussprache. Als Gesamtredezeit sind 32 Minuten vereinbart. Der erste Redner ist der Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Schönen guten Morgen! Wie könnte ein Plenartag schöner beginnen als mit einem Antrag der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Nebenbei bemerkt: Wir haben diesen Antrag am 07.10.2020 gestellt. Das hat jetzt nur ein Dreivierteljahr gedauert, bis er es endlich auf die Tagesordnung geschafft hat. Wir haben diesen Antrag im Oktober letzten Jahres gestellt, nachdem für uns in der AfD völlig klar war, dass es bei dem damals aktuellen Söder'schen Wellenbrecher-Lockdown nicht bleiben wird. Nein, es blieb nicht bei dem einmonatigen Wellenbrecher-Lockdown, sondern dieser entwickelte sich zu einem monströsen Wirtschaftsbrecher-Lockdown.

Wir haben damals gefordert, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene für die Senkung des Zinssatzes für Steuernachzahlungen auf 0,1 % einsetzen möge. Das ist auch keine wirre Forderung, die wir uns einfach mal ausgedacht haben, um Sie, verehrte Damen und Herren, schon am Morgen aus Ihrer Komfortzone zu werfen, um den süßen Geschmack Ihres Chai Latte, von zarten Kinderhänden gepflückt, zu verbittern. – Nein, das ist eine Forderung des Bayerischen Handwerkstages, der wie die AfD hier gerade die kleinen und mittleren Unternehmen im Blick hat. Ja, ich weiß, kleine und

mittlere Unternehmen sind für die Damen und Herren des Altparteienkartells uninteressant. Sie bieten keine lukrativen Aufsichtsratsposten wie die großen internationalen Konzerne, und die kleinen Unternehmer sind für Altpolitiker vielleicht auch zu ehrlich für diverse Deals wie in den lichtdurchfluteten Chefetagen mit Blick auf die Skyline gesichtsloser Metropolen und Champagner auf dem Silbertablett.

Aber ich erinnere Sie daran: Wer bezahlt das königliche Schloss, in dem dieser Landtag residiert, und die Bezüge, die jeder Abgeordnete krisensicher bezieht? Die internationalen Großkonzerne, die in der von Ihnen hervorgerufenen Krise Milliardengewinne gemacht haben? – Es sind doch zum Großteil die kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre kargen Gewinne brav versteuern und darauf Zinsen zahlen sollen, die jenseits jeglicher Marktrealität liegen. Ja, das ist die Realität, die Sie nicht wahrhaben wollen, der kleinen Leute, die nicht wissen, wie sie die steigenden Mieten und Lebensmittelpreise neben der drückenden Steuerlast bezahlen sollen.

Der Basiszinssatz liegt seit Jahren unverändert bei minus 0,88 %. Das Finanzamt verlangt 6 %. Das steht in keinem Verhältnis. Kommen Sie mir nicht mit der Ausrede, dass Sie schon 2016 erfolglos die Regierung damit beauftragt hätten, sich für die Senkung des Zinssatzes einzusetzen. Das unterstreicht nur, dass die CSU in der Bundespolitik nichts anderes ist als ein Bettvorleger der Autokratin Merkel.

(Beifall bei der AfD)

Zeigen Sie also einmal Courage für die kleinen Steuerzahler, geben Sie nicht nach dem ersten gescheiterten Versuch auf, und stimmen Sie für diesen Antrag! Wir von der AfD werden auf jeden Fall nicht aufgeben.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben werden müssen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

– Ihnen fällt auch nichts Neues ein!

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich bekannt geben, dass die SPD-Fraktion für den Tagesordnungspunkt 15, also den nächsten Tagesordnungspunkt, eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

Der nächste Redner ist der Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder das gleiche Schauspiel: Im Ausschuss bekommen Sie den Mund nicht auf, und vor versammelter Mannschaft im Plenum

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

meinen Sie, Sie müssten richtig präsentieren.

Lieber Kollege Mang, mir ist natürlich bekannt, dass Sie diese Reden auch verwenden, um sie dann letzten Endes an Ihre AfD-Mitglieder zu verschicken, damit Sie sagen können, Sie hätten was getan. Sie verweisen immer darauf, dass Sie als AfD die große Speerspitze sind.

(Zuruf von der AfD)

Stattdessen haben Sie in Ihrem eigenen Laden so große Schwierigkeiten, dass im Grunde genommen die eine Hälfte Ihrer Fraktion ganz anderer Meinung ist und die andere Hälfte der Auffassung, dass Ihre Fraktionsvorsitzende schon längst weggehört, aber immer noch an ihrem Stuhl klebt. Wir konnten am Sonntag erleben, dass der Bundesvorsitzende Meuthen erklärt hat, im Grunde genommen müsse er sich noch sehr gut überlegen, ob er seinen eigenen Direktkandidaten im Bundeswahlkreis wählen soll.

(Zurufe von der AfD)

Ich würde mal sagen, Sie haben in Ihrem eigenen Laden so viel zu tun, räumen Sie erst mal da auf,

(Zuruf von der AfD)

und dann schauen wir weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was jetzt den Antrag selbst angeht, bei dem Sie im Ausschuss ja wirklich nicht den Mund aufgebracht haben, was man im Protokoll auch nachlesen kann – ganze fünf Zeilen sieht das Protokoll in dem Zusammenhang vor –, kann ich darauf hinweisen: Sie kommen mit Ihrem Antrag aus dem Jahr 2020 schon mal vier Jahre zu spät, weil wir das 2016 schon angestoßen haben. Wir haben es auch auf Bundesratsebene versucht. Sie fordern ja die Bayerische Staatsregierung auf, und die Bayerische Staatsregierung ist zu unserem Bedauern nicht immer deckungsgleich mit der CSU, lieber Kollege Streibl. Wir sind in dem Bereich auf jeden Fall schon tätig geworden. Man muss halt einfach darauf hinweisen,

(Zuruf von der AfD)

dass uns die anderen Bundesländer in der Bundesratsinitiative nicht gefolgt sind. Da haben wir natürlich ein Problem.

Ich wende mich an die anderen Fraktionen hier im Bayerischen Landtag, die möglicherweise in Landesregierungen beteiligt sind, und bitte sie, in dem Zusammenhang auf ihre Parteikolleginnen und -kollegen hinzuwirken, dass sie uns im Bundesrat in Zukunft unterstützen. Dann bekommen wir das mit Sicherheit auch hin. Solange das nicht passiert, werden wir weiter daran arbeiten. Das ist fest versprochen, darum braucht sich auch keiner Sorgen zu machen. Wir werden das mit Sicherheit noch hinbekommen.

Von daher will ich die wertvolle Zeit meiner Kolleginnen und Kollegen hier nicht weiter verschwenden. Wir haben heute genug zu tun und können uns nicht mit solchen Anträgen beschäftigen, die eben nur pro forma gestellt werden, aber nichts dahinter haben. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Masche bei diesen Anträgen ist tatsächlich bekannt: Sie versuchen, mit Forderungen, die auch andere Fraktionen schon mal aufgestellt haben, uns hier irgendwie auf ein wie auch immer geartetes Glatteis zu bringen. Aber ich kann Ihnen gleich am Mittwochmorgen schon sagen: Wir werden heute keinem einzigen Ihrer Anträge zustimmen.

(Zuruf von der AfD)

Da könnten Sie auch unser ganzes Wahlprogramm beantragen. Das hat den gleichen Grund, warum Kinder nicht zu fremden Menschen ins Auto einsteigen sollten, auch wenn die besten Süßigkeiten auf dem Beifahrersitz liegen: Die Süßigkeiten sind gut, aber die Absichten der Menschen in dem Auto sind es meistens nicht. So ist es auch mit Ihren Absichten: Sie sind staatszersetzend und demokratiegefährdend. Deswegen stimmen Demokratinnen und Demokraten Ihren Anträgen heute nicht zu; das kann ich Ihnen für meine Fraktion schon einmal für den gesamten Tag sagen.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht der Kollege Gerald Pittner als Nächster.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch für mich gibt es keine Süßigkeiten von der AfD, und ich mache es genauso kurz wie meine Vorredner. Der Antrag zielt sicherlich in die richtige Richtung. Das liegt daran, dass er von den demokratischen Parteien abgeschrieben ist, die nämlich seit 2016 versuchen, eine Absenkung des Zinssatzes zu erreichen, aber nicht nur

für Steuernachzahlungen und Steuerrückerstattungen, weil ein einheitlicher Zinssatz wichtig ist, nicht aber eine einseitige Festsetzung, wie sie die AfD fordert.

Der Sinn liegt darin, dass die unterschiedlichen Zahlungszeitpunkte ausgeglichen werden sollen, was auch richtig ist. Das wird aber nicht dadurch besser, dass die AfD fordert, was die demokratischen Regierungen seit 2016 machen, die sich im Bundestag leider nicht durchsetzen können. Daran ändert auch nichts, dass der Antrag von Ihnen wiederholt wird; das hat die AfD-Bundestagsfraktion im Dezember im Übrigen auch schon probiert und ist damit auf die Nase gefallen. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Florian Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die demokratischen Fraktionen hier im Hause haben schon mehrfach dargelegt, dass sie die geltenden Zinssatzregelungen als nicht zeitgemäß erachten und diese geändert werden müssen. Der Antrag der AfD geht aber in mehrfacher Hinsicht an der Realität vorbei. Die AfD zieht für ihren Vorschlag die Entwicklung des Basiszinssatzes heran, der tatsächlich für Kapitaldienstleistungen zwischen Banken und zwischen Banken und der Zentralbank maßgeblich ist.

Der Bundesfinanzhof hat aber in einer Entscheidung aus dem Jahr 2013 festgestellt, dass für die Bewertung des Zinssatzes nicht etwa der Basiszinssatz, sondern die Zinssätze der Konsumentenkredite maßgeblich sind, die sich in den letzten Jahren ungefähr um 6 % entwickelt haben. Wenn man bürgerfreundlich gestalten will, gibt es durchaus Spielraum nach unten, aber man muss es selbstverständlich auch rechtssicher gestalten. Insofern ist eine Orientierung zwischen 2,5 und 3 % tatsächlich rechtssicher möglich und realistisch, aber nicht eine völlig aus der Luft gegriffene Fantasiezahl,

(Zuruf)

wie sie von der AfD in den Antrag geschrieben wird. Es wurde schon mehrfach gesagt – die Rede des Kollegen Mang hat es bewiesen –, dass dieser Antrag vor allem eine propagandistische Funktion hat. Er soll auf YouTube wirken, ist allerdings fachlich völlig ungenügend, entspricht nicht der Rechtslage und würde auch keine rechtssichere Grundlage für eine entsprechende Zinssenkung schaffen. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht als letzter Redner dieser Debatte Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein solcher Antrag direkt nach dem Frühstück ist schon starker Tobak. Die Idee ist nicht sonderlich originell; das haben wir schon ein paar Mal gehört. Es gab schon mehrere Ansätze auf Bundesebene – und nur dort gehört es hin –, das umzusetzen.

Wenn man schon einen solchen Antrag stellt, hätte ich wenigstens einen gewissen inhaltlichen Zusatzbeitrag erwartet. Man könnte darüber nachdenken, dass man nicht nur den einen Zinssatz, sondern die Passiv- und die Aktivseite ändert, den Zinssatz bei Rückstellungen anpasst und möglicherweise nicht auf einen festen, sondern auf einen variablen Zinssatz geht. All das sind Ideen, über die man nachdenken könnte, anstatt einfach nur abzuschreiben. Ich kann nur sagen: inhaltlich unausgegoren, falscher Zeitpunkt, Ablehnung.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Abgeordneten der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist das komplette restliche Haus. Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich möchte schon jetzt darauf hinweisen, dass wir noch einen Tagesordnungspunkt vor die Regierungserklärung ziehen, falls wir weiter so schnell durchkommen; dann können sich die Rednerinnen und Redner schon einmal darauf einstellen.